

Calmer Tagblatt

Nr. 36

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

98. Jahrgang.

Erscheinungsweise: 6mal wöchentl. Anzeigenpreis: Die Zeile 80 M., Familienanzeigen 50 M., Reklamen 200 M. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100 % - Fernspr. 9.

Dienstag, den 13. Februar 1923.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn 1200 M. monatlich. Postbezugspreis 1209 M. mit Postgebühr. Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Der Reichspräsident hat anlässlich seines Besuchs in Karlsruhe eine wirkungsvolle Protesterklärung gegen den französischen Einbruch in deutsches Land abgegeben, die durch Treuekundgebungen der württembergischen und badischen Staatspräsidenten zum Reich und zum Norden bekräftigt wurde.

Die Franzosen fahren mit ihren Gewaltmaßnahmen gegen die deutschen Beamten im besetzten Gebiet, gegen die deutsche Industrie und die Bevölkerung fort. Man will jetzt auch die Ausfuhr aller anderen Produkte aus dem Ruhrgebiet ins unbesetzte Deutschland verbieten, außer Kohle und Erzen. Weiter ist eine Verordnung in Vorbereitung, wonach den führenden Beamten und Bürgermeistern verboten werden soll, deutsche Gesetze, die nach dem Befehlstage, also dem 12. Januar, herausgegeben wurden, auszuführen. Die deutschen Beamten werden sich aber durch solche widerrechtlichen Befehle in ihrer Pflichterfüllung gegen das Reich nicht irre machen lassen. Auch die deutschen Arbeiter sucht man durch allerlei Märgeln, namentlich durch Bestechungsversuche und Versprechungen für die französischen Raubpläne zu gewinnen. Aber die Arbeiter im Ruhrgebiet kennen die „Freiheit“, wie sie die Franzosen meinen, zu gut aus eigenen Erfahrungen wie aus der Behandlung der Saargebietsarbeiter.

Die französische Gewaltpolitik. Ein scharfer Protest des Reichspräsidenten gegen den französischen Einbruch.

Karlsruhe, 12. Febr. Anlässlich der Anwesenheit des Reichspräsidenten Ebert in Karlsruhe versammelten sich heute nachmittags gegen 1/4 Uhr im kleinen Festhallsaal die Vertreter des Staatsministeriums, der staatlichen und Gemeinde-Behörden des Landes, die Führer der politischen Parteien, der Gewerkschaften, der Berufsverbände, der Industrie, sowie Vertreter des geistigen und kulturellen Lebens des Landes. Weit über 1000 Personen hatten sich zur gemeinsamen Aussprache mit dem Reichspräsidenten und den Vertretern der Reichs- und Landesregierung eingefunden. Nach einer Begrüßungsansprache des Reichspräsidenten Remmele, in welcher er dem einmütigen Willen der badischen Staatsregierung und des badischen Volkes Ausdruck gab, wie stets, auch in diesen Tagen unerschütterlich zum Reich zu halten und der Politik der Reichsregierung zu folgen, hielt Reichspräsident Ebert eine mit stürmischem Beifall aufgenommene Ansprache, in der er zunächst darauf hinwies, daß die Gegner unter dem Deckmantel der Ausführung des Friedensvertrags und trotz unseres durch die Tat belundeten Willens die Jahre seit dem Waffenstillstand zu einem qualvollen Leidensweg gemacht haben. Was Frankreich und Belgien unternahmen, sei beispiellos schändliche Gewalttat, die den Friedensvertrag offen verleihe, die Rechte der Völker wie der Menschen mit Füßen treten und mit allen Mitteln militärischer Gewalt Krieg führe gegen wehrlose Männer, Frauen und Kinder. Der Reichspräsident erinnerte daran, daß das Ruhrgebiet wegen einiger fehlenden Prozente der Kohlenlieferungen besetzt wurde und badisches Gebiet mit der seltsamen Begründung, Deutschland habe zwei internationale Luxuszüge eingestellt. Könne man sich einen stärkeren Hohn auf das Völkerrecht denken als diese Begründung? Gegen den französischen und belgischen Gewaltakt im Ruhrgebiet und in Baden erhebe er an dieser Stelle erneut vor dem deutschen Volk und vor der ganzen Welt feierlichen Protest und lege Verwahrung ein gegen die Bluttaten, die körperlichen und geistigen Angriffe und Bedrückungen einer friedlich arbeitenden

und hart duldbenden Bevölkerung. Der Reichspräsident fuhr fort: Ich rufe die Welt zum Zeugen dessen an, was tatsächlich an Handlungen der brutalsten Anmaßung und unmenschlichen Willkür im besetzten Gebiet geschehen ist. Uns Deutschen aber ist es heilige Pflicht, mit den unterdrückten Brüdern und Schwestern zusammenzustehen. Mit tiefer Dankbarkeit gedachte der Reichspräsident der Beamten, Arbeiter und Unternehmer, die aufopfernd Freiheit und Existenz eingeseht hätten und täglich neu einsetzten, um die gegnerischen Absichten zu vereiteln. In diesen Tagen muß alles zurückstehen, was uns in Weltanschauung und politischen Ansichten trennt. Persönliche Gefühle und Interessen müssen wir im großen und ganzen dem deutschen Schicksal unterordnen. Der Reichspräsident sprach das Vertrauen aus, daß auch das badische Volk in gleich besonnener Ruhe und zielbewusster Festigkeit wie die Brüder am Rhein und an der Ruhr dem Anwerter trotz bieten wird, und wies darauf hin, daß der gegen Baden geführte Schlag sich gegen das Höchste, was wir aus Krieg und Zusammenbruch gereicht haben, gegen die Einheit des Reichs, richte. Aber heute seien die Zeiten, in denen man Nord und Süd in Deutschland trennen könne, vorbei. Unerwiderlich sei in allen Deutschen das Bewußtsein, Söhne eines Volkes und Glieder eines Reiches zu sein. Jeder Deutsche wisse, daß es jetzt um die Zukunft des Reichs und den Bestand der deutschen Republik gehe. Wenn wir jetzt in diesen Schicksalstagen, so schloß der Reichspräsident, alle Kräfte zusammenfassen, so werden wir auch dieses Anschlags auf unser nationales Leben Herr werden. In friedlicher, zäher Abwehr erhoffen und erwarten wir trotz allem eine bessere Zukunft für unser schwergeprüftes Volk im Bewußtsein unserer Einigkeit und unserer Kraft im Kampfe um unsere Freiheit. — Nach dem Reichspräsidenten überbrachte der württembergische Staatspräsident Dr. Heber die nachbarlichen Grüße der württembergischen Regierung und des Schwabenvolkes. Er versicherte, daß kein Württemberger an die Möglichkeit einer Trennung des Nordens vom Süden Deutschlands denke, und daß alle Pläne der Franzosen, die auf eine solche Trennung hinauslaufen, an dem zähen Widerstand und dem entschlossenen Willen der süddeutschen Stämme, die sich untrennbar mit dem Norden vereint fühlten, scheitern würden. — Nach ihm sprach dann noch Oberbürgermeister Dr. Finter namens der Stadt Karlsruhe. — Bürgermeister Dr. Holler von Offenburg gab dem festen Willen der Stadtverwaltung und der Bevölkerung Offenburgs Ausdruck, sich keinem feindlichen Befehl zu beugen und nur den Anweisungen der Reichsregierung und der badischen Landesregierung zu folgen. — Oberamtmann Schabbe überbrachte für den badischen Beamtenbund das Gelöbnis, in persönlicher Hingabe dem badischen Volk und dem Deutschen Reich die Treue zu halten und niemals fremden Gewaltanordnungen zu folgen. — Weitere Redner der Handelskammer, des Städtebundes und anderer beruflicher Körperschaften und Organisationen, sowie der Gewerkschaften gaben dem einmütigen Willen zur Mitarbeit mit der Reichs- und der Landesregierung in der entschlossenen Abwehr feindlicher Machtbestrebungen Ausdruck. — In einem Schlusswort richtete Reichsminister des Innern, Dr. Deseer, nochmals einen Appell an die Versammelten, in Einigkeit fest zusammenzustehen, um den Bedrückten zu helfen, und seine Hand zu rühren, um die gegnerischen Bestrebungen zu fördern. — Die Kundgebung fand ihren Abschluß mit dem Absingen des Deutschland-Liedes.

Die Antwort des deutschen Reichskanzlers auf das Telegramm der schwedischen Bischöfe.

Berlin, 13. Febr. Der Reichskanzler hat auf das Telegramm der schwedischen Bischöfe mit folgender Depesche an den Bischof Söderblom in Upsala geantwortet: Tief bewegt durch die edlen Worte der Teilnahme an der auf uns lastenden Not spreche ich Ihnen, Herr Bischof, und den Bischöfen Schwedens zugleich im Namen der Reichsregierung aufrichtigsten Dank aus. Gleich Ihnen hoffe ich das deutsche Volk mit jener Zuversicht, die nur aus der sitt-

lichen Kraft erwachsen kann, daß die rechtzeitige Rückkehr der Welt zur Vernunft, zum Recht und zum gegenseitigen Vertrauen Europa und die menschliche Gesellschaft noch vor dem Untergang bewahren wird. In dieser Zuversicht und mit diesem Wunsch mich mit den berufenen Dienern der Kirche in Schweden eins zu wissen, gereicht mir zur dankbaren Genugtuung. (Geg.): Cuno.

Die Fortdauer der Gewalttaten.

Essen, 12. Febr. Am Sonnabend hat die kriegsgerichtliche Verhandlung gegen vier Beamte der Mülheimer Schutzpolizei wegen Grubverweigerung stattgefunden. Die Beamten wurden zu einer Woche Gefängnis und 100 000 Mark Geldstrafe verurteilt. 80 000 M. müssen innerhalb 48 Stunden bezahlt werden, widrigenfalls 4 Wochen Gefängnis hinzukommen. — Heute nachmittags fand die Verhandlung gegen die übrigen verhafteten Beamten statt. In Böhwinkel ist heute früh der Bürgermeister Landweber verhaftet und ausgewiesen worden.

Dortmund, 12. Febr. Die Kontrollstationen Linen-Nord, Brakel, Scharnhorst, Aplerbeck und Aplerbeck-Süd lassen seit heute früh weder mit Kohlen, noch mit Kohlennebenprodukten, noch mit sonstigen Waren beladene Wagen für das unbesetzte Deutschland durch. Nach zuverlässigen Nachrichten beabsichtigen die Franzosen und Belgier, morgen früh um 7 Uhr die Rheinhäfen Wesel und Emmerich zu besetzen.

Mainz, 10. Febr. Der Direktor des Finanzamtes in Zell (Mosel), Neuenburg, und der Zolldirektor Niemann in Zell, die sich geweigert hatten, dem zuständigen französischen Kreisdelegierten der internationalen Rheinlandskommission Angaben über ihre Amtstätigkeit zu machen, wurden vom französischen Kriegsgericht zu je einem Jahr Gefängnis mit Strafausschub verurteilt. Der Strafausschub wurde bewilligt, weil sich die deutschen Beamten infolge des Befehls der deutschen Regierung in einer Zwangslage befanden und im guten Glauben gehandelt hätten.

Ungeheuerliche französische Bluttat.

Gelsenkirchen, 12. Febr. Heute früh kurz nach 7 Uhr kam aus der Richtung Reddinghausen ein deutsches Auto durch die Hochstraße, das von einem deutschen Chauffeur (!) geleitet wurde und in dem zwei französische Gen darmerieoffiziere saßen. Da das Auto keine leuchtende Schlussnummer besaß — es war noch sehr dunkel —, hielt der in der Hochstraße postierte Schupobeamte das Auto an. Die Offiziere sprangen aus dem Wagen und riefen dem Beamten zu: „Hände hoch!“ Darauf entwaffneten sie ihn trotz seines Widerstandes. Mittlerweile war von privater Seite die etwa 500 Schritt entfernte Schupowache alarmiert worden, welche eine Anzahl Beamte an diese Stelle entsandte. Plötzlich erhob der eine der französischen Offiziere die Pistole und schloß dem vor ihm stehenden Oberwachtmeister Hutmacher zweimal in den Hals. Der erste Schuß war ein Durchschuß, der zweite ein Steckschuß. Die beiden Franzosen und der Wagenführer liefen davon. Die erhaltene aber von den Schupobeamten Schüsse, wovon einer dem einen Franzosen in den Leib und dem anderen Franzosen in die Schulter drang. Die Franzosen wurden in das katholische Krankenhaus, der Schupobeamte ins evangelische Krankenhaus gebracht, wo er sofort operiert wurde; doch ist mit seinem Auskommen nicht mehr zu rechnen. Der Zwischenfall hat in der Stadt eine große Aufregung hervorgerufen.

Der „Heldengeist“ der französischen Offiziere.

Gewalttaten gegen Wehrlose.

Berlin, 12. Febr. Der deutsche Geschäftsträger in Paris überreichte der französischen Regierung folgende Note: Am 14. Januar, nachmittags, ist der Führer eines berittenen Zuges Schutzpolizei in Buer, Oberwachtmeister Kott, von einem Leutnant des französischen 14. Jägerregiments mit der Reitpeitsche ins Gesicht geschlagen worden, als er

„Deutsche Männer und Deutsche Frauen, vergeßt eure kämpfenden Brüder im Ruhrgebiet nicht! Zahlt noch heute das Volksoffer!“

eine Bescheinigung über ihm fortgenommenes Heu und Stroh wünschte. Ferner ist am 15. Januar, vormittags 11 Uhr, der Polizeiwachtmeister Plewta in Marl in der Schützstraße von einem Offizier der 1. Schwadron des französischen 18. Dragonerregiments ins Gesicht geschlagen worden, weil er den Offizier nicht grüßte. Die deutsche Regierung legt gegen diese Ausschreitungen Verwahrung ein und fordert die Bestrafung der Täter.

Deutsche Antwort auf das französisch-belgische Einreiseverbot für deutsche Minister ins besetzte Gebiet.

Berlin, 13. Febr. Von Seiten der französischen und belgischen Regierung ist folgende Note an die deutsche Regierung gesandt worden: Die belgische und die französische Regierung haben festgestellt, daß der Besuch des Reichskanzlers Cuno im Ruhrgebiet und seine dort ausgeübte Tätigkeit einzig und allein den Zweck gehabt haben, gefährliche Erregungen, besonders unter den Großindustriellen, Angestellten und Staatsbeamten, hervorzurufen. Unter diesen Umständen sehen sich die französische und die belgische Regierung im Interesse der Bevölkerung selbst genötigt, um Zwischenfälle zu vermeiden, die einen blutigen Verlauf nehmen könnten, der Rechtsregierung und den Regierungen der Länder mitzuteilen, daß es den Reichsmilitären und den Ministern der Länder nicht mehr gestattet ist, das Ruhrgebiet zu betreten.

Berlin, 12. Febr. Der deutsche Geschäftsträger in Paris ist beauftragt worden, der französischen Regierung folgende Note zu überreichen: Die deutsche Botschaft beehrt sich, dem Außenministerium auf die Verbalnote vom 10. Februar betreffend die Reisen deutscher Minister ins Ruhrgebiet auftragsmäßig zu erwidern, daß die Reichsregierung und die Regierungen der deutschen Länder es ablehnen, Vorschriften über das Verhalten ihrer Minister vor fremden Regierung entgegenzunehmen. — Der Geschäftsträger in Brüssel ist angewiesen, der belgischen Regierung eine entsprechende Note zu übergeben.

Der Widerstand der Postbeamten.

Wiesbaden, 12. Febr. Als Protest gegen die Verhaftung des Oberpostdirektors Frosch und des Oberpostinspektors Hamel vom hiesigen Telegraphenamts hat heute früh 8 1/2 Uhr das gesamte hiesige Personal der Reichspost- und Telegraphenverwaltung die Arbeit niedergelegt. Die Franzosen besetzten sofort die Betriebsanlagen. Nachdem in Verhandlungen die Betriebsvertretungen die Zurückziehung der Posten durchgesetzt hatten, wurde um 11 1/2 Uhr der Dienst vorläufig wieder aufgenommen. Die Verhandlungen wegen der Freilassung der Verhafteten dauern zur Zeit noch an.

Der Widerstand der Eisenbahner gegen die Militärkontrolle.

Paris, 13. Febr. Wie „Temps“ aus Straßburg erzählt, sind die Verhandlungen mit den Arbeitern der Eisenbahner Werkstätten gescheitert, da der Direktor es abgelehnt hat, unter der technischen Kontrolle von französischen Feld-eisenbahner die Arbeit in den Werkstätten wieder aufzunehmen. Heute vormittag wurde der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Wirth, ein Bruder des früheren Reichskanzlers, in Appenweier eine Besprechung mit den französischen Behörden über die Bedingungen der Arbeitswiederaufnahme haben. Nach der Zeitungsmeinung bemühen sich die Reichseisenbahner um die Beilegung des Streiks.

Ein Ultimatum an die deutschen Eisenbahnbeamten.

Paris, 12. Febr. Havas meldet aus Düsseldorf, der Direktor für das Eisenbahnwesen im Ministerium für öffentliche Arbeiten und der zweite Direktor für die Staats-eisenbahnen seien heute vormittag in Düsseldorf angekommen und dem General Panot beigegeben worden, um als technische Berater zusammen mit dem belgischen Sachverständigen die endgültige Inbesitznahme der deutschen Eisenbahnen im besetzten Gebiet durch die Alliierten durchzuführen und einen regelmäßigen Betrieb sicherzustellen. Die vorgesehenen Maßnahmen würden unverzüglich den deutschen Eisenbahner und der interessierten Bevölkerung bekanntgegeben werden. Das deutsche Eisenbahnerpersonal werde dann vor die Wahl gestellt werden, entweder endgültig aus dem Dienst auszuschelden, oder für Rechnung und unter Kontrolle der Besatzungsbehörden weiter zu arbeiten. Das Wirtschaftswesen der besetzten Gebiete werde in dem Maße gewährleistet werden, in dem die deutschen Eisenbahner (Ober- und Unterpersonal) um Wiedereinstellung nachsuchen würden. Der Führer der vorige Woche ins Ruhrgebiet geschickten Kommission zum Studium der Organisationsfragen finanzieller Art, Schweiffurth, ist heute nach Paris zurückgekehrt, um Bericht zu erstatten, vor allem über die Erhebung der Kohlensteuer.

Ein französischer Beehl an die deutschen Beamten deutsche Gesetze nicht zu beachten.

Dortmund, 12. Febr. Vom französischen Oberkommando soll für die Landräte und Bürgermeister des neubesetzten Gebiets ein Befehl zur Veröffentlichung in den Zeitungen in Vorbereitung sein, daß alle Gesetze und Verordnungen, die nach dem 11. Januar 1923 von den deutschen Behörden erlassen worden sind, nicht ausgeführt werden dürfen, bevor nicht die Genehmigung des Generaloberkommandos der Rheinarmee gegeben ist. Auch dieser Befehl wird an der Haltung der Beamten im Ruhrgebiet nichts ändern.

Ein landesverräterischer Schurke.

Paris, 12. Febr. Wie der Sonderberichterstatter des „Echo de Paris“ mitteilt, hat der Führer der rheinischen Separatisten, Joseph Smeets, in der Nacht zum 10. Februar den französi-

Ämtliche Bekanntmachung

Bekanntmachung

Betr. Neuerschließung der Ortslöhne gem. § 149 R.A.D. Durch Erlass des W. Oberversicherungsamts vom 29. Dezbr. 1922 — W.V. S. 17 — sind die Ortslöhne für den Oberamtsbezirk Calw mit Wirkung vom 1. März 1923 an wie folgt neu festgesetzt worden.

| Für Versicherte | | von unter 16 Jahren: | | von 16—21 Jahren: | | von über 21 Jahren | |
|-----------------|--------|----------------------|--------|-------------------|--------|--------------------|--------|
| männl. | weibl. | männl. | weibl. | männl. | weibl. | männl. | weibl. |
| 650 M. | 450 M. | 1000 M. | 630 M. | 1200 M. | 750 M. | | |

Calw, den 10. Februar 1923. Versicherungsamt: G 5 s.

sehen Besatzungsorganen eine Liste von 1200 Eisenbahnern übermittelt, die angeblich geneigt seien, unter französischer Leitung zu arbeiten. Smeets glaubt, daß er augenblicklich über 1 1/2 Millionen (?) Anhänger im Rheinland verfüge, die preußenfeindlich eingestellt seien. Er hat dem Berichterstatter des „Echo de Paris“ eine Erklärung abgegeben, in der er sich rühmt, er sei sitzen geblieben, als man die „Wacht am Rhein“ gesungen habe. Smeets stellt die Behauptung auf, man gehe einer Bartholomäusnacht entgegen. In Köln und am linken Rheinufer verstärkten der Seimadient und die Alldeutschen ihre Gruppen durch Leute, die aus allen Teilen Deutschlands kämen. Es sei dringend notwendig, den Reichskommissar Grafen Hahfeld auszuweisen, der die Seele des Widerstandes sei. Man müsse preußische Zeitungen, wie die „Kölnische Zeitung“, verbieten, deren einziges Ziel sei, einen unüberstehlichen Zornesausbruch zu provozieren, der harte Repressalien herbeiführen werde. Dadurch, daß ihr Fortfahren, die Preußen so zu behandeln, als seien sie Franzosen, d. h. als milde und demokratische Menschen, werde ihr nicht triumphieren, denn sie terrorisieren die Massen, die sonst Euch günstig gesinnt wären. Selbst der Berichterstatter des nationalsozialistischen „Echo de Paris“ findet die Äußerungen von Smeets für übertrieben und er glaubt zu wissen, daß die meisten französischen Generale und selbst der Oberkommandierende seine (des Berichterstatters) Ansicht teilen.

Spießtätigkeit eines französischen Sozialisten.

Essen, 12. Febr. Der in letzter Zeit in der Presse wiederholt genannte französische Sozialist Hofschilder hat am 7. Februar bei einigen Gewerkschaftsvertretern verschiedener Richtung in Essen vorgesprochen. Hofschilder gab an, vom Hauptquartier in Brabant zu kommen. Er fand bei den Gewerkschaftsvertretern nur mittelweises Lächeln. Es wurde ihm unzweideutig zu verstehen gegeben, daß die Erregung in der Arbeiterschaft groß und berechtigt sei.

Die französische Presse über die Zurückhaltung auch von Fertigwaren im Ruhrgebiet.

Paris, 12. Febr. Die Abschließung des Ruhrgebiets vom übrigen Deutschland auch für Fertigwaren wird von der gesamten Presse mit wenig Ausnahmen als eine Sanktion von ungeheurer Bedeutung bezeichnet. Den Standpunkt der französischen Arbeiter vertritt der „Populaire“, der schreibt: Will man jetzt auch die Metallarbeiter zum Feiern zwingen, wenn man die Fabrikate aus dem Ruhrgebiet ebenwiegend herauschaffen kann wie die Kohlen? Selbst wenn es gelingt, sie aus dem Ruhrgebiet herauszubekommen, welcher Markt soll die Fabrikate aufnehmen? Diese plötzliche Ueberflutung mit Metallprodukten würde notwendigweise ein gefährliches Sinken der Preise und Proteste aller konkurrierenden Industrien zur Folge haben. — Auf die große Schädigung, die den meisten Ländern der Welt, die Handel mit Deutschland treiben, droht, weist unbewußt der nationalsozialistische „Celair“ hin. Er schreibt: Es handelt sich um Farbprodukte und Düngemittel, sowie um Metalle und landwirtschaftliche Maschinen, alles Produkte, die zum größten Teil in Schweden, Norwegen, Holland, Amerika und England in beträchtlicher Menge abgesetzt werden. Die Magnahme, die ergriffen wurde, muß diesen Export zwar beeinträchtigen, aber Frankreich wird die Zölle einsparen und wird sich auch zweifellos am Ort des Ablasses wenigstens einen Teil des Verkaufswertes kreditieren lassen. — Der „Temps“ schreibt in seinem Leitartikel, die verschärfte Ausfuhrperre im Ruhrgebiet sehe die Organisation einer besonderen Verwaltung zur Bewilligung von Ein- und Ausfuhrgenehmigungen voraus. Die Besatzungsbehörden hätten nicht die Absicht, Waren aufzuhalten, die nur nach dem unbesetzten Deutschland gingen, um von dort aus nach dem Ausland weiterbefördert zu werden. Dieses Ausfuhramt im Ruhrgebiet solle nur eine Ergänzung zu dem schon bestehenden in Bad Ems dar. Die ganze Organisation werde zweifellos in kurzer Frist fertig sein. Frankreich werde dadurch im besetzten Gebiet keineswegs die Industrie lähmen oder Arbeitslosigkeit hervorrufen, sondern nur den Bestimmungsort und die ausgeführten Waren kontrollieren (!)

Unterstützung durch dänische Sozialisten.

Berlin, 12. Febr. nach einer Mitteilung des „Vorwärts“ werden die dänischen Sozialisten in nächster Zeit ungefähr 1000 Kinder aus dem Ruhrgebiet vorläufig auf 3 Monate in Pflege nehmen.

Schwedische Hilfsfähigkeit.

Stockholm, 8. Febr. In Stockholm hat sich ein Hilfskomitee für die Ruhr gebildet, das sich in einem von hervorragenden Schweden unterzeichneten Aufruf an schwedische Männer und Frauen mit der Bitte um Unterstützung der notleidenden Ruhrbevölkerung wendet. Der Aufruf betont, daß das Komitee nicht Partei ergreifen wolle, aber es unehrig finde, die Lösung des Schadenaufschlagsproblems auf einem Wege zu suchen, der Hunderttausende friedlicher und arbeitamer Männer nebst ihren Familien in bitterste Not und Verzweiflung mit vielleicht unübersehbaren Folgen treiben könne. — Ein von schwedischen Damen veranstalteter Bazar zu Gunsten notleidender deutscher Familien des Mittelstands erbrachte durch den Verkauf deutscher Handarbeiten zirka 27 000 Kronen oder 23 1/2 Millionen Mark.

Zur auswärtigen Lage.

Poincaré über die Frage der Zulassung Deutschlands in den Völkerbund.

Paris, 10. Febr. Der Präsident der Liga für Menschenrechte hat kürzlich an Poincaré eine schriftliche Anfrage gerichtet, welches die Haltung Frankreichs sein würde, wenn der Völkerbund beschließen würde, Deutschland zuzulassen. Der Ministerpräsident hat wie folgt geantwortet: Die französische Regierung war immer der Ansicht, daß der Völkerbund seine Aufgabe nur unter der Bedingung, daß er universal wird, infolgedessen auch Deutschland aufnimmt, erfüllen kann. Aber die Aufnahme eines Staates in den Völkerbund ist Bedingungen unterworfen, die der Vertrag aufstellt. Außerdem muß ein solcher Staat nach den Bestimmungen des Vertrags greifbare Sicherheiten von seiner Absicht, seine internationalen Verpflichtungen zu erfüllen, geben; Oesterreich, Bulgarien und Ungarn, die sich dem Völkerbund gegenüber in gleicher Lage befanden wie Deutschland, sind diesen Bedingungen nachgekommen und zugelassen worden. Vor allem hat Ungarn die feierliche Annahme des Artikels 1 des Vertrags ausgesprochen und die Pflichten übernommen, die daraus entspringen. Deutschland jedoch hat bis heute die Forderung noch nicht erfüllt; es hat durch seine Handlungswiese bewiesen, daß es noch nicht gewillt ist, sich den Verpflichtungen zu unterwerfen, die es in dem Vertrag unterschrieben hat. Bis jetzt konnte daher noch keine Rede von seiner Zulassung sein. Die Franzosen mühten sich als erste beglückwünschen, wenn eine Aenderung in der Haltung Deutschlands eintreten würde, die diesem erlauben, neben den Mächten, die allen Verpflichtungen nachkommen, in dem Völkerbund vertreten zu sein.

Anm.: Die französische Regierung, die sich durch ihren Einbruch in deutsches Gebiet vor der ganzen Welt ins Unrecht gesetzt hat, sieht sich in diesem Augenblick wohl der Zulassung Deutschlands zum Völkerbund offen zu widersprechen, wie sie es 4 Jahre hindurch getan hat. Dafür sucht aber Poincaré trotz unseres praktisch erwiesenen Erfüllungswillens die deutsche Vertragstreue zu verdächtigen. Die Unaufrichtigkeit seiner Erklärung liegt auf der Hand. Im Völkerbund wird offenbar mit zweierlei Maß gemessen; denn von seinen Begründern wird bekanntlich nicht gefordert, daß sie ihre Vertragsverpflichtungen einhalten. Diese Tatsache hat die Welt mehrfach erfahren und die jüngsten Ereignisse haben das System ungleicher Behandlung besonders deutlich offenbart. Der Rat des Völkerbunds hat soeben in Paris gelagt. Er hat sich mit allen möglichen Tagesfragen beschäftigt, es aber nicht für nötig gefunden, zu den französisch-belgischen Vertragsbrüchen Stellung zu nehmen. Die ursprünglichen Mitglieder des Völkerbunds können also unter seinem Schutz Vertragsverletzungen begehen, gegen Staaten aber, die ihm nicht angehören, soll er dagegen als Exekutor des Friedensvertrags dienen.

Das Ententeheater in Memel.

Memel, 12. Febr. Die nach Memel entsandte Sonderkommission der Botschafterkonferenz hat ein neues Landesdirektorium mit dem früheren litauischen Gesandten in Berlin, Hailius, als Präsidenten berufen, das an die Stelle der Regierung Simonaitis treten soll. Bisher weigert sich Simonaitis, zurückzutreten, sodas die Verhandlungen auf einem toten Punkt angelangt sind. Die Turnhalle des Memeler Luisengymnasiums ist für französische Marinejoldaten requiriert worden.

Der Völkerbundschwindel.

Genf, 13. Febr. In der gestrigen Sitzung des gemischten Völkerbunds Ausschusses für Rüstungsbeschränkungen verlas Jouhaux im Namen der Arbeitergruppe eine Erklärung, in der daran erinnert wird, daß die Voraussetzung der materiellen Abrüstung die moralische Abrüstung, daß diese aber nur bei einem Zusammenwirken der Nationen im Interesse des Friedens möglich sei. Die gegenwärtige europäische Lage begünstigt jedoch diese Ziele nicht. Der Völkerbund habe daher die Pflicht, nach Mitteln für ihre Verwirklichung zu suchen. Die Erklärung schließt mit einer Anspielung auf die Beschüsse der Völkerbundsversammlung über die moralische Abrüstung und die Reparationsfrage. Die Ereignisse im Ruhrgebiet und der französische Einfall in Baden wurden bei der Verlesung dieser Erklärung ebenwiegend erwähnt wie während der anderen Verhandlungen des Ausschusses.

Die russischen Monarchisten in Berlin.

(ABC.) Berlin, 11. Febr. Dieser Tage versammelte sich ein Kreis russischer Monarchisten im Restaurant „Leithaus“ im Westen Berlins, um einen Vortrag des bekannten russischen Monarchisten Jesimowski anzuhören. In seinem Vortrage betonte Jesimowski, daß alle Anzeichen dafür sprechen, daß es demnächst zu neuen kriegerischen Ereignissen kommen werde, „in die ohne Zweifel auch Sowjetrußland mit einbezogen werde. Sowjetrußland werde sich zur Verteidigung einer Nation erheben, die zu der Zahl der Völker des russischen Volkes gehöre. Diese Äußerung Jesimowski stellt eine ungeheure Unerschämtheit dar, da es keinem Zweifel unterliegt, daß Jesimowski mit seinen Worten auf eine eventuelle Unterstützung Deutschlands durch Sowjetrußland gegen die französische Gewalt- und Eroberungspolitik anspiele. Das ausgehungerte und am Boden liegende deutsche Volk hat Hunderttausende von Russen gastlich aufgenommen. Zu diesen Russen gehört auch Herr Jesimowski, der sich nicht schämt, das deutsche Volk als Helfer des russischen Volkes zu bezeichnen. Im Uebrigen betonte Herr Jesimowski, daß die russischen Monarchisten bei den kommenden kriegerischen Ereignissen sich abseits zu halten haben und in Ruhe den Sturz des Sowjetregimes in Rußland abzuwarten hätten!

Wer Verwandte, Freunde und Bekannte im Ausland hat, sende ihnen deutsche Zeitungen, Sorge jeder in seinem Teil dafür, daß deutsche Blätter im Auslande die weiteste Verbreitung finden, denn jedes einzelne Blatt kann dort deutschem Interesse dienlich sein.

Des Landr...

* Im W... Hauptversammlung Calw statt. Der Vorsitzende suchte Versammlung im Ruhrgebiet rechts, er siehe Schwarzwalde vergessen und erfahrenen sere Volksger Linie sei das Geld, auch No tete an alle d lichen Organik einzelne Volks land, um Sei nichts erreiche auf der Welt der Schwarzwa dem Tag ent gewiesen wer grüßte sodann kammer, der barch der Vor kurzen Rückst Lagerhaus ha jeder habe da gute Düngemitt Ware sollte so im Preis steige gemeldet werd daß bei der W durch Zufur n Herren des n nicht im Aus den Vorstand Kassen- und vom 31. Deze 940 500 Mark gerhaus wie d Landwirte (19 87 Zentner Jahr bezogen. denn in letzter eingegangen, fünf bezahle ihrem eigenen steigen, und m sühende bemer ernd zunehmen bald notwendi Abfahr: tollst sehen sei, w noch keine Ver dann das Gesf wenn die Gen Verein als so auf die Dauer größeres land habi; aber der im Herbst nur

2) „Joachim!“ vor, um in sel Er fuhr em „Ah, Klau chen, liebes K trag's leicht, t tere Schmezer lieh hattest, n Kind! Wie m „Nur ein p Lippen, aber „Daran ist nu uns jeben Mo mid) sofort, d wurde — „Ja, Peter kommt nicht n fort, und der „Er muß n gebracht,“ tröst Joachim — „Darum da Hause. Ich kan Die Köchin ha locht und ist d treten mußte fährt, und we dir kämpfen m häßliche Gespen Sie schüttel „Ich gehe ni fe bestimmt. Er wolle a

Aus Stadt und Land.

Calw, den 13. Februar 1923.

Hauptversammlung des landwirtschaftlichen Bezirksvereins Calw.

* Im Weißchen Saale fand am Sonntag nachmittag die Hauptversammlung des landwirtschaftlichen Bezirksvereins Calw statt. Nach vorausgegangener Ausschusssitzung eröffnete der Vorsitzende, Landtagsabgeordneter Dingler, die gut besuchte Versammlung mit einem Hinweis auf die schwere Lage im Ruhrgebiet. Der Feind stehe heute nicht links und nicht rechts, er sitze im Herzen Deutschlands und vor den Toren des Schwarzwaldes. Die Landwirte sollen deshalb allen Streit vergessen und auch die durch falsche wirtschaftliche Maßnahmen erfahrenen Schädigungen, und nur daran denken, daß wir unsere Volksgenossen schützen und ihnen helfen müssen. In erster Linie sei dazu die Landwirtschaft berufen, denn nicht allein Geld, auch Nahrungsmittel seien notwendig. Der Redner richtete an alle die dringende Bitte, dem Aufruf der landwirtschaftlichen Organisationen Folge zu leisten, es handle sich nicht um einzelne Volksgenossen, sondern um das ganze deutsche Vaterland, um Sein oder Nichtsein. Wenn wir bei diesem Kampf nichts erreichen, dann könne man ruhig sagen, daß Deutschland auf der Weltkarte ausgelöscht wird. Bei diesem Kampf dürfe der Schwarzwald nicht beiseite stehen, damit wir zuverlässlich dem Tag entgegen sehen können, wo der Feind dahin zurückgewiesen werde, woher er hergekommen ist. Der Redner begrüßte Johann Herr Dr. Grammer von der Landwirtschaftskammer, der an Stelle des verhinderten Rechtsrats Dr. Ditterbach den Vortrag übernommen hatte, und gab daraufhin einen kurzen Rückblick auf die Vereinsgeschichte des letzten Jahres. Das Lagerhaus habe das Geschäft so gut wie möglich umgetrieben; jeder habe davon Nutzen gehabt. Es konnten billige Saatfrucht, gute Düngemittel und Kleefamen beschafft werden. Die eingekaufte Ware sollte sofort wieder umgesetzt werden, weil alle Produkte stets im Preis steigen. Deshalb sollte auch immer arsch der Bedarf angemeldet werden. Nachdem der Vorsitzende noch mitgeteilt hatte, daß bei der Wahl des Gesamtausschusses der Vorsitzende Dingler durch Zuruf wiedergewählt worden war und ebenso die anderen Herren des Ausschusses und daß für Stammheim, das noch nicht im Ausschuß vertreten war, Georg Koller ebenfalls in den Vorstand gewählt wurde, gab Geschäftsführer Knecht den Revisions- und Rechnungsjahresbericht bekannt. Nach der Abrechnung vom 31. Dezember wurde im letzten Jahr ein Gewinn von 940 500 Mark erzielt, wobei zu beachten ist, daß sowohl das Lagerhaus wie das Inventar abbezahlt sind. An Waren für die Landwirte (Düngemittel, Saatgut usw.) wurden insgesamt 19 957 Zentner, also ungefähr 100 Eisenbahnwagen im letzten Jahr bezogen. Man sollte aber noch mehr flüssige Mittel haben, denn in letzter Zeit seien allein Rechnungen von 34 Millionen eingegangen, für die man bisher kurz oder lang hohe Verzugszinsen bezahlen müsse. Die Landwirte sollten auch deshalb in ihrem eigenen Interesse rasch bezahlen, weil die Preise dauernd steigen, und man dann immer weniger Ware erhalte. Der Vorsitzende bemerkte zu dem Bericht, daß es in anbetracht des dauernd zunehmenden Umfangs der Geschäfte des Lagerhauses wohl bald notwendig sein werde, an die Gründung einer Bezugs- und Absatzgenossenschaft heranzutreten, was bisher noch nicht geschehen sei, weil mit dem landwirtschaftlichen Konsumverein noch keine Vereinbarung erzielt werden konnte. Letzterer müßte dann das Geschäft übernehmen. Allerdings wäre es dann besser, wenn die Genossenschaft auch das Lagerhaus übernehme, da der Verein als solcher mit seinen geringen Geldmitteln das nicht auf die Dauer könne. Für dieses Jahr habe man eigentlich ein größeres landwirtschaftliches Fest mit Ausstellung geplant gehabt; aber der Ernst der Zeit verbiete das, und so wolle man im Herbst nur eine kleine Ausstellung veranstalten mit anderen

Zweigvereinen, namentlich mit dem Geflügelzuchtverein, der dieses Jahr sein 25jähriges Jubiläum feiere, und dem Bienenzuchtverein, wobei auch eine kleine Jungvieh Ausstellung geplant sei. Als Rechnungsprüfer waren vom Ausschuß Kaufmann Schmidt und Kassier Schmidt gewählt worden.

Dr. Grammer-Stuttgart hielt hierauf einen hochinteressanten Vortrag über die Agrargesetzgebung (Grundstücksverkehr und Anwerberecht) der letzten Jahrzehnte und insbesondere seit der Änderung der Staatsverfassung. Während in der Vorkriegszeit die Agrargesetzgebung nicht besonders beachtet worden sei, habe sich das im Kriege geändert, als man gesehen habe, daß das Heil und die Existenz des Volkes von der Ernährung abhing. Im Krieg habe uns die Landwirtschaft recht und schlecht ernährt, und da uns das Schicksal einen guten Ausgang des Krieges versagt habe, und ein raffigieriger Feind uns noch weiteren Vorkriegsstand im Westen und Osten geraubt habe, wodurch die Ernährungsmöglichkeit um weitere 15 bis 20 Prozent verschlechtert worden ist, so seien alle die Fragen nun in den Vordergrund getreten. Wenn man bedenke, daß Frankreich zusammen mit Elsaß-Lothringen heute soviel Grund und Boden habe wie Deutschland, und dabei einen verhältnismäßig besseren Boden, und 18 bis 20 Millionen weniger Menschen zu ernähren habe, so merke man erst so recht die Ungerechtigkeiten der französischen Politik. Die Rückwirkung des Krieges mit seiner Hungerkatastrophe sei erkens das Verlangen nach landwirtschaftlichen Produkten gewesen, und im Zusammenhang damit der Hunger nach Grund und Boden. Aus diesen wirtschaftlichen Erfahrungen habe sich nun bestimmte Tendenzen herausgebildet. Und so sei in der Weimarer Verfassung festgelegt worden, daß Grund und Boden nur zum Wohl der Allgemeinheit benützt werden dürfe, und daß zu diesem Zwecke auch eine Enteignung von Grund und Boden gegen Entschädigung vorgenommen werden könne. Im Anschluß an diese Grundrechtslinien sei dann die weitere Forderung entstanden, daß bei der Verteilung und Nutzung zuerst die Frage der Volksernährung mitzudenken müsse. Wir seien bitterarm geworden, und darauf angewiesen, soviel Lebensmittel zu erzeugen, daß wir vom Ausland unabhängig werden. Aber auch die Ueberfremdung von Grund und Boden müsse verhindert werden. Schon in der Kriegszeit hätten kapitalistische Kreise gesucht, ihr Geld in Realwerten anzulegen. Zum Schaden der Volksernährung seien das dann meistens zur Föhrung landwirtschaftlicher Betriebe unfähige Leute gewesen, von denen eine notwendige Steigerung der Produktion nicht zu erwarten war. Da man aber den Boden nicht kapitalisieren, sondern seine Produktion steigern wollte, so mußte dagegen auf gesetzlichem Wege vorgegangen werden. Während auf der einen Seite der Landbesitzer sich geltend gemacht habe, sei auf der anderen Seite das Bestreben einer gesunden Bevölkerungspolitik vorhanden, möglichst viel Menschen bodenständig zu machen, da solche Menschen, die Grund und Boden besitzen, umso mehr gewillt seien, einem auswärtigen Feinde den Einbruch zu verwehren. Es sollte aber auch nur diejenigen das Anrecht zur Erwerbung von Grundstücken haben, die den Boden auch nutzbar machen könnten. Den im Anschluß an den Krieg sich geltend machenden Tendenzen der Sozialisierung von Grund und Boden hätten sich die Landwirte mit aller Kraft entgegengesetzt, und wenn heute die Sozialisierung im Ruhrgebiet durchgeführt wäre, so wäre es den Franzosen jetzt ein Leichtes, die Bergwerke zu beschlagnahmen. Der Redner erinnerte dann an die Bekanntmachung der Reichsregierung vom 15. März 1918 über den Verkehr mit landwirtschaftlichem Boden, auf welche 1 Jahr später die würt. Regierung die Ausführungsbestimmungen hat in Kraft treten lassen. Diese Bekanntmachung will die Zerstückelung von Grundstücken möglichst verhindern, indem sie den Verkauf von landwirtschaftlichem Boden genehmigungspflichtig macht, mit Ausnahme des Verkaufs an nahe Verwandte oder von Landwirt zu Landwirt. Die Genehmigung kann auch versagt werden,

wenn der Einbruch vorhanden ist, daß der Käufer nicht in der Lage ist, das Grundstück landwirtschaftlich nutzungsfähig zu erhalten, oder daß der Kauf zu Spekulationszwecken erfolgt. Die Landwirtschaftskammer werde bei dem demnächst zu erwartenden Gesetzentwurf über den Verkehr mit landwirtschaftlichen Grundstücken verlangen, daß Zwang nur insoweit ausgeübt werde, als der Verkauf von Landwirt zu Landwirt nicht beeinträchtigt werde, weiter wenn dabei eine Produktionssteigerung erzielt, wenn die Gefahr des Verkaufs ans Ausland oder an Spekulanten bestände. Zur Hebung der Produktion müsse die Möglichkeit der Abrundung der Betriebe bestehen bleiben. Weiter streifte der Redner die Siedlungsfrage. Auch siedlungswillige Elemente hätten die Nachteile eines überreichten Eisens gesehen. Zum Siedeln gehören kapitalkräftige und absolut tüchtige Kräfte. Bei der Frage der Entleerung von Bau- und Gartenland spiele die Entschädigung eine große Rolle. Die Agrargesetzgebung müsse so gehalten sein, daß die Betroffenen sich wirklich entschädigt fühlen, und auch wieder etwas Entsprechendes zu kaufen in der Lage sind, zwecks Erhaltung ihrer Existenz. (Schluß des Berichtes folgt.)

Wohltätigkeitkonzert.

Vor ausverkauftem Hause veranstalteten am Samstag im „Babilischen Hof“ die Konzertsängerinnen Fräulein Gertrud Nieker und Fräulein Dora Kaufmann, beide aus der Schule Mühlbach, Cannstatt unter Mitwirkung der Herren Handelschullehrer Kaufmann und Niediger ein Konzert zu Gunsten der Ruhrhilfe. Fräulein Kaufmann leitete die Veranstaltung mit dem Vortrag des ergreifenden „Ave Maria“ von Raff-Comod ein, das sie mit ihrem zum Alt hinneigenden Mezzosopran und der warmen, weichen, vollen und modulationsfähigen Stimme trefflich zu gestalten wußte, wobei auch die Herren Niediger (Violine) und Kaufmann (Klavier) ihr Teil an dem schönen Gelingen des Stücks beitrugen. Fräulein Kaufmann trug weiterhin zwei empfindungsvolle Kompositionen ihres Ugroprofessors E. J. Kaufmann (ehemals Mathematikprofessor in Stuttgart) vor, das „Schlummerlied“ und die „Sehnsucht“, die ihr Gelegenheit gaben, ihr lyrisches Talent besonders in Erscheinung treten zu lassen. Auch die beiden im Volkston gehaltenen Brahms'schen Lieder „Trennung“ und „Der Jäger“ waren in Gehalt und Ausdruck gleich ansprechend. Fräulein Nieker, die über einen in allen Dingen gleich kräftigen, klaren Sopran verfügt, erzeute die Zuhörer mit Liedern von Richard Strauß, dessen Natur- und Seelenmalerei die Neuzeit mit ihrem Drang nach möglichst hoher Steigerung der Unmittelbarkeit des Empfindens wundervoll widerspiegelt. Mit offenbar starker dramatischer Begabung und gereiftem Ausdrucksvermögen schuf die Sängerin in „Die Nacht“ und „Morgen“ impressionistische Gemälde von tiefgehender Wirkung. Auch das hübsche Stimmungsbild „Frühlingstraum“ von Schubert und der arme Peter von Schumann gab sie lebendig wieder. Recht gut gelangen den beiden Damen auch die Duette von Rubinstein und E. Frank. Angenehm fiel bei beiden Sängerinnen die klare reine Aussprache auf. Die Gesangsdarbietungen wurden durch gelegene Violinvorträge des Herrn Niediger abgeleitet. Er spielte mit sicherer Technik und seinem musikalischen Empfinden die leichtflüchtige, thematisch reiche, melodische Sonate Nr. 1 A Dur von Mozart, dann das prächtige „Frühlingserwachen“ von E. Bach und schließlich das reizvolle „Moment musical“. Bei sämtlichen Vorträgen wirkte Herr Kaufmann am Klavier in seiner vornehm anpassenden und fein einschließenden Art mit. Die Darbietungen wurden jeweils von starkem, anhaltendem Beifall begleitet, der die Künstler hier und dort zu Dreingaben zwang. Die Damen wurden durch zahlreich Blumenpenden geehrt. Angesichts des überaus großen Besuchs dürfte ein sehr erheblicher Betrag für die Ruhrhilfe gewonnen worden sein. Dafür und namentlich auch für den gewußten reich künstlerisch durchgeführten Abend, der in seiner Weise

Das Eulenhäus.

Roman von E. Marlit.

„Joachim!“ rief sie ihn mit sanfter Stimme an und bog sich vor, um in sein Gesicht zu sehen.
Er fuhr empor und stand sofort auf seinen Füßen.
„Ah, Klaudine!“ rief er in sichtlichem Schrecken. „Schwesterchen, liebes Kind, hierher darfst du nicht kommen... Sieh, ich trag's leicht, ich bin bereits darüber hinweg; aber du wirst bittere Schmerzen leiden unter der Fortsetzung, die alles, was du lieb hattest, nach allen Winden hin zerstreut! Armes, armes Kind! Wie mir die verweinten Augen da wehe tun!“
„Nur ein paar Tränchen, Joachim“, sagte sie mit lächelnden Lippen, aber aus ihrer Stimme klang noch innerer Schmerz.
„Daran ist nur der Rappe schuld, unser alter Briefträger, der uns jeden Morgen die Post brachte. Dente dir, es erkannte mich sofort, das treue Tier, als es an mir vorüberfuhr!“
„Ja, Peter ist fort, Tante“, sagte die kleine Elisabeth. „Er kommt nicht wieder, der gute Peter; und der Wagen ist auch fort, und der Papa muß nach Eulenhäus laufen.“
„Er muß nicht laufen, Herzchen; ich habe einen Wagen mitgebracht“, tröstete Tante Klaudine. „Ich will nicht erst ablegen, Joachim.“
„Daran darf ich dich auch nicht bitten in diesem fremden Hause. Ich kann dir auch nicht einmal eine Erfrischung anbieten. Die Köchin hat uns heute mittag die letzte Kartoffelsuppe gekocht und ist dann gegangen, weil sie ihren neuen Dienst antreten mußte... Sieh, das sind lauter Bitternisse, die du erträgst, und welche du dir eriparen konntest. Du wirst lange mit dir kämpfen müssen, um nach deiner Rückkehr an den Hof das häßliche Gespenst dieser Erinnerungen loszuwerden.“
Sie schüttelte leise den schönen Kopf.
„Ich gehe nicht an den Hof zurück. Ich bleibe bei dir“, erklärte sie bestimmt.
Er realte zurück.

„Wie — bei mir? Willst du mein — mein Bettelbrot teilen? Nie, Klaudine, nie!“ — Er streckte die Hand abwendend gegen sie aus. „Unser schöner Schwan, die Augenweide, die Freude so vieler, sollte in dem Eulennest verkümmern? Hast du mich für einen Seelenmörder, daß du ein solches Ansehen an mich stellst?... Ich ziehe mich gern, ja, erleichterten Herzens zurück in das alte Haus, in dein Haus und Erde, das du mir großmütig zur Verfügung gestellt hast — es wird mich traut und heimlich umfassen, denn ich habe mein stilles Schaffen, das mir alles verkärt, mir das lerge Brot versüßt und die alten Wände vergoldet; aber du, du?“
„Ich habe diesen Protest vorausgesehen und deshalb allein gehandelt“, sagte sie fest und sah ihm mit ihren langbewimperten, sanften Augen bewendend in das Gesicht. „Ich weiß wohl, daß du mich nicht brauchst, du genügsamer, stiller Einsiedler; was aber soll aus deiner kleinen Elisabeth werden?“
Er blickte wie erschrocken nach dem Kinde hin, das sich eben abmühte, einen kleinen, runden Rattumantel, wie ihn die Thüringer Pauernfrauen trugen, zum Abmarsch überzuwerfen. „Fräulein Lindenmeyer ist ja da“, sagte er zögernd.
„Fräulein Lindenmeyer war Großmamas gute, brave Kammerfrau und ist zeitweilen treu wie Gold gewesen; aber nun ist sie alt und grau; wir können ihr unmöglich zumuten, das Kind zu behüten. Und wie denkst du dir wohl den Unterricht von Seiten der alten guten, schwärmerischen Seele?“ fuhr sie lebhaft fort, während ein trübes Lächeln durch seine Züge schlich. „Nein, laß mich gutmachen, was ich verschuldet habe! Ich dürfte nicht zu meiner alten Hofheit gehen; ich mußte die Hofdamenstellung zurückweisen und bei dir bleiben, um das abwärts rollende Rad nach Kräften mit aufzuhalten. Um den Geroldshof stand es schon damals schlimm.“
„Und dein Bruder hatte sich höchstweise ein verwöhntes Weib aus Spanien mit heimgebracht, das jahrelang an dem deutschen Klima krankte, bis es der Engel der Erlösung von dem Schmerzenspfahl hinwegnahm, nicht wahr, Klaudine?“ ergänzte er mit aufquellender Bitterkeit. „Dazu war er ein ganz

erbärmlicher Dekonom, ein Unnützer, der die Wiesenblumen und Gräser unter dem Mikroskop studierte, ihre Schönheit besang und dabei vergaß, daß sie in erster Linie gutes Mistfutter sein müssen. Jawohl, wahr ist's! In schlimmere Hände konnte das schon damals ziemlich abgewirtschaftete Gut nicht kommen, als in die meinen; aber bin ich allein dafür verantwortlisch zu machen? Was kann ich dafür, daß kein Tropfen des Baurenblutes in mir lebt, welches sich immer ganz gut mit dem blauen Geblüt in den Adern unserer Vorfahren vertragen hat? Aberpflanz und Bliesucht haben ja zumeist das nun in alle oder Winde verflozene Gerold'sche Vermögen erworben, und ich muß mich vor dem geringsten Tagelöhner im Dorfe schämen, der mit Fleiß und Schweiß seinen ererbten Kartoffelacker zu behaupten vermag. Ich nehme nichts mit, als meine Felder und eine Handvoll Kleingeld, das mir und meinem Kinde Brot geben muß, die mein Manuskript vollendet und eingeliefert ist. Deshalb schreibe ich mit jagenden Pussen —“
Er unterbrach sich. Ritter lächelnd trat er der jungen Dame näher und legte beide Hände auf ihre Schultern. „Ja, siehst du, Kind, Herzogswester: wir zwei, die zwei letzten, sind Schwimmschwämme, die das ehrbare Haus haben, das alte Gerold'sche Geschlecht, am Schluß seiner langen Erdenlaufbahn ausgebrüht hat! Wir sind schon als Kinder instinktmäßig in ein besonderes Fahrwasser gelaufen, ich, der Träumer, der Grübler und Sterngucker, und du, die Nachtall mit der tiefen Gottheit, die Handwerkerin mit dem sinnigen Tun und Wesen... Und nun kommst du zu dem zerstreuten Menschen und Böhlerwurm, der ich bin, und möchteste dich mit ihm im Eulenhäus verkriechen.“ — er schüttelte energisch den Kopf — „nicht bis zur Schwelle des alten Hauses gehst du mit, Klaudine! Fahre du nur mit dem Wagen wieder heim! Meine Pelze sind feil geworden vom stillen Heiden in dem Winkel, wohin ich mich vor dem Menschenwühl geflüchtet.“ — der Marsch nach dem Eulenhäus wird ihnen gut tun, und mein Kind wird der Friedlich, unser alter, treuer Friedrich tragen, wenn die Beinchen müde werden sollten. Und nun ein kurzes Lebewohl, Klaudine!“
(Fortsetzung folgt.)

auch zur Stärkung unseres Gemeinschaftsgefühls beigetragen hat, sei den Veranlassern herzlich Dank gesagt. — Wie wir nachträglich noch erfahren, betragen die Einnahmen aus dem Kartenverkauf 71 000 Mark, die für die Ruhrhilfe abgeliefert wurden.

Veteranen- und Militärverein Calw.

Der Verein hielt am Sonntag bei Kamerad Maier zur „Schwane“ seine ordentliche Generalversammlung ab, die gut besucht war. Die seitherige Vorstandschafft, Kamerad Wih. Schnaufer 1. Vorstand, Kam. Kistowski 2. Vorstand und Kam. Gluth, Schriftführer, wurden durch Zuruf einstimmig wiedergewählt. Für den zum Ehrenmitglied ernannten seitherigen Kassier Fr. Bacher wurde Kamerad W. Warneke gewählt. Die Beiträge wurden für das erste Halbjahr vierteljährlich auf 200 M festgesetzt. Mitglieder, die der Sterbekasse angehören, zahlen den Jahresbeitrag in Höhe von 15 M im 1. Vierteljahr. Das Sterbegeld beträgt 500. Eine am Schluß der harmonisch verlaufenen Versammlung vorgenommene Tellerfassung für unsere von rachsüchtigen Feinden überfallenen Brüder im Ruhrgebiet ergab 7 351 M.

Erhöhte ärztliche Gebühren.

Nach einer Verfügung der Ministerien der Justiz, des Innern und der Finanzen werden die Gebühren der Ärzte, Zahnärzte und Hebammen für amtliche Verrichtungen ab 1. Februar für die vollbefähigten beamteten Ärzte versicherungswirtschaftlich, für die übrigen Ärzte sowie für die Zahnärzte und die Hebammen verdreifacht. In der Verfügung des Ministeriums des Innern betr. Reisevergütungen, Belohnungen und Gebühren für tierärztliche Amtsverrichtungen vom 18. Mai 1922 werden die ursprünglichen Sätze der Entschädigungen für Zeitversumnis (24 und 15 M), die Belohnungen für besondere Verrichtungen vom 1. Februar an verdreifacht.

Gegen unfinnige Gerüchte.

Seit einiger Zeit geht das Gerücht, daß die württ. Regierung nicht abgeneigt wäre, mit Frankreich Sonderabmachungen über die Kohlenversorgung zu treffen. Ein Vertreter eines Stuttgarter Blattes wandte sich deshalb direkt an den Staatspräsidenten, der ihm versicherte, daß sich Württemberg unbedingt hinter die Politik des Reiches stelle. Die Regierung denke nicht an Sonderverhandlungen über die Kohlenlieferung und habe übrigens auch gar kein diesbezügliches Angebot bekommen. Die Gerüchte seien harter Unsinn.

Einschränkungen im Postverkehr mit dem besetzten linksrheinischen Gebiet.

Gemäß den heute von amtlicher Seite zugegangenen Weisungen dürfen die deutschen Postanstalten Pakete, Wertbriefe und Telegramme nach der von den Franzosen völkerrechtswidrig besetzten Stadt Offenburg von jetzt an nicht mehr annehmen. Briefsendungen an die Einwohner von Offenburg dürfen, wenn sie an benachbarte Postanstalten adressiert sind, nur auf Gefahr des Absenders angenommen werden.

Warnung.

In letzter Zeit mehren sich die Fälle, in denen deutsche Arbeiter auf Grund von Angeboten in Zeitungen und persönlichen Mitteilungen von Agenten wegen Beschäftigung im Bahnbau in Ueberseestaaten bei deutschen Großkaufmannschaften nachfragen. Die bezeichneten Firmen sehen aber derartigen Anwerbungen völlig fern. Vor solchen Agenten

und einem Eingehen auf solche Anzeigen wird gewarnt. Es ist zu empfehlen, sich jedesmal vorher mit der Polizeibehörde in Verbindung zu setzen, vor allem aber auch die Agenten zu bezeichnen.

Die Hüllentalbahn als Notverbindung.

Um einen guten Anschluß von Karlsruhe nach Freiburg zu bilden, ist der Abgang des Eilzugs 385 von Immenzingen nach Freiburg von 5.57 Uhr nachm. auf 6.55 Uhr abends verlegt worden. Wenn man also von Karlsruhe um 9.24 morgens abfährt, ist man um 11.41 in Stuttgart, kann von dort aus den Schnellzug nach Zürich benutzen, der Stuttgart um 3.22 Uhr verläßt und um 6.49 Uhr abends in Immenzingen eintrifft. Der Eilzug nach Freiburg verläßt Immenzingen um 6.55 Uhr abends mit folgenden Ankunftszeiten: Donaueschingen 7.14 Uhr abends, ab 7.23 Uhr, Neustadt ab 8.15, Titisee ab 8.32, Hinterzarten ab 8.42, Freiburg am 9.23 Uhr. Auf diese Weise kann man also auch an einem Tage von Freiburg über Stuttgart nach Karlsruhe gelangen, genau wie von Karlsruhe nach Freiburg. Der Zug 922 nach Basel wartet, geht also frühestens 9.30 Uhr ab.

Reise des Staatspräsidenten nach Karlsruhe.

(CEB) Stuttgart, 12. Febr. Staatspräsident Dr. Sieber begab sich heute nach Karlsruhe, um sich mit dem Reichspräsidenten, der dort zu Besuch eingetroffen ist, sowie mit der badischen Regierung zu besprechen.

Landtag.

(CEB) Stuttgart, 10. Febr. Der Landtag setzte am Samstag die Beratung des Kultetats bei Kapitel 55 (höhere Schulen) fort. Der Berichterstatter, Dr. Fürst (WB.), stellte einen Antrag auf freiere Gestaltung des Unterrichts durch Wegwählen eines Hauptfaches seitens der Schüler zugunsten der intensiveren Befassung mit einem anderen Fach. Der Antrag wurde an den Schulausschuß überwiesen. Kultminister Dr. Sieber machte beachtenswerte Mitteilungen über den Besuch der höheren Schulen in Württemberg, der in den letzten Jahren zunahm, während der Besuch der Universität, beeinflusst durch wirtschaftliche Gründe, nachließ. Der Minister betonte, daß die Landlatein- und Realschulen gerade in Württemberg vielen einen Anteil an höherer Bildung ermöglichen. Im übrigen seien verschiedene Schulfragen noch im Fluß und deshalb nicht reif zur parlamentarischen Erörterung. Vor Annahme des Antrags Dr. Fürst müsse man sich mit anderen deutschen Schulverwaltungen ins Benehmen setzen. Dr. Schermann (Ztr.) und Dr. Egelhaaf (WB.) hielten an der neunjährigen Schuldauer fest, während Heymann (Soz.) und Dr. v. Blume (Dem.) 8 Jahre in Verbindung mit der vierjährigen Grundschule für genügend hielten. Der Abg. Wiber (WB.) verlangte den Ausbau des deutschen Unterrichts auf Kosten des französischen. Der Kultminister legte dar, daß viele Anzeichen auf eine Bevorzugung des englischen Sprachunterrichts hindeuten und daß an den Lehrerseminaren Englisch als einzige Fremdsprache eingeführt werde. Abg. Bod (Ztr.) übte Kritik an einem Erlaß des Kultministers über die Zusammenlegung der oberen Parallelklassen an den Gymnasien in Kottweil und Ehingen und erblickte darin eine Schikane gegen diese katholischen Gymnasien. Präsident Herzog verteidigte den Erlaß mit Sparrmaßnahmen. Die Abstimmung über Kap. 55 wurde zurückgestellt und zu Kap. 56 (Lehraufwand an

den höheren Schulen) ein Antrag Pland angenommen, wonach an den oberen Klassen der Mädchenrealschulen überall mindestens eine weibliche Lehrkraft angestellt werden soll. Dienstag nachmittag Weiterberatung.

Gefecht mit einem Wilderer.

(CEB) Aus Baden, 12. Febr. Der erst vor wenigen Monaten aus dem Zuchthaus entlassene 26jährige Dagobert Hedeborn von Schopfheim floh beim Wildern in der Eichener Gemartung mit dem Holzhändler Bepp zusammen. Hedeborn schoß auf Bepp und brachte ihm einen Schuß in die Leber bei. Als der Waldhüter Eiche den Täter in der elterlichen Wohnung festnehmen wollte, schoß dieser auf den Waldhüter und traf ihn in den Arm. Auch ein Gendarm wurde an der Hand getroffen. Eine vierstündige Belagerung des Hauses erfolgte. Der Täter gab etwa 50 Schüsse aus der verbarrikadierten Wohnung ab. Weitere Gendarmen mußten herangezogen werden, die den Täter schließlich mit Schwefel auszuräuchern versuchten. Hedeborn schießte auf den Speicher. Bei der Verfolgung fielen zahlreiche Schüsse, wobei Hedeborn tödlich verletzt wurde. Hedeborn war zu Zuchthaus verurteilt worden, weil er beim Wildern auf den Fabrikanten Bally geschossen und nach heftigem Kampf bei seiner späteren Verhaftung einen Gendarm schwer verletzt hatte. Sowohl Hedeborn als auch Holzhändler Bepp sind ihren Verletzungen erlegen.

Simmogheim, 12. Febr. Die Hausammlung für die Ruhrhilfe ergab die schöne Summe von 100 000 Mark. Arbeiter von Simmogheim, die auswärts arbeiten, haben an ihrer Arbeitsstätte einen Prozentatz ihres Lohnes zur Ruhrhilfe gegeben. — Bei dem Verkauf von 188 Festmeter Holz wurden 1120 Proz. der Forsttaxe erlöst; der Erlös betrug 44 365 000 M.

(CEB) Neuenbürg, 12. Febr. Das in der Sohllederfabrik der Firma Christ-Meßger u. Söhne ausgebrochene Feuer konnte trotz aller vorigen Löschoerfuche erst von der Feuerwehr bewältigt werden. Eine von Höfen telephonisch herbeigerufene Feuerwehrspritze brachte allerdings nicht mehr in Tätigkeit zu treten. Der Schaden, den die Firma außer dem dem Feuer zum Opfer gefallenem Gebäude an Gerbrinde und wertvollen ausländischen Gerbstoffen erleidet, ist sehr beträchtlich und durch die Versicherung nur teilweise gedeckt. Ein in dem Gebäude untergebrachtes Auto konnte in Sicherheit gebracht werden. Die Firma hofft, da die anderen Gebäude unversehrt sind, den Betrieb bald vollständig wieder aufnehmen zu können. Die Brandursache ist noch unaufgeklärt.

(CEB) Vom Heuberg, 12. Febr. Im Erholungsheim auf dem Heuberg sollen Kinder aus dem Ruhrgebiet aufgenommen werden. Große Vorbereitungen werden zurzeit dazu getroffen.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft. Der Kurs der Reichsmark.

Der Dollar stand gestern auf 31 979 M, der Schweizer Franken auf 5990 M.

Märkte.

(CEB) Wasingen, 12. Febr. Dem Schweinemarkt waren zugeführt: 180 Milch- und 5 Läufer Schweine. Der Handel war lebhaft; alles wurde verkauft. Der Preis für ein Milchs Schwein betrug 60—110 000 M, für ein Läufer Schwein 130—150 000 M.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Seilmann, Galm. Druck und Verlag der W. Ullschläger'schen Buchdruckerei, Galm.

Allgemeine Ortskrankenkasse für den Oberamtsbezirk Calw.

Verordnung

über Grundlöhne und Sterbegeld in der Krankenversicherung vom 2. Febr. 1923.

Der Kassenvorstand hat in seiner heutigen Sitzung auf Grund obengenannter Verordnung beschlossen, mit Wirkung vom 12. Februar 1923 an den Höchstgrundlohn auf 330 Mk. festzusetzen und der Suseinteilung vom 1. Januar 1923 (Calwer Tagblatt Nr. 1 von 1923) folgende Stufen anzugliedern:

Krankenversicherung

| Stufe | Arbeitsverdienst für den Arbeitstag | Grundlohn | Wochenbeitrag | | | Sterbegeld | |
|-------|-------------------------------------|-----------|----------------|-------------------------|--------------------------|------------|-------|
| | | | Bausatzbeitrag | Anteil des Arbeitgebers | Anteil des Arbeitnehmers | | |
| I | von 1801 M bis 2400 M | 240 | 12:6 | 432 | 864 | 1200 | 48000 |
| II | von 2401 M bis 3000 M | 300 | 16:20 | 540 | 1080 | 1500 | 60000 |
| III | von 3001 M und mehr | 3600 | 19:44 | 648 | 1296 | 1800 | 72000 |

Die Verordnung bestimmt ferner, daß Mitglieder, deren Grundlohn die bisher bei der Kasse vorgeschriebene Höchstgrenze übersteigt, auf die ihrem neuen Grundlohn entsprechende höheren Kasseneinstufung erst vom neunundzwanzigsten Tage nach dem Inkrafttreten des Beschlusses — das ist der 12. März 1923 — ab Anspruch haben.

Für Personen, die zur Mitgliedschaft bei der Ortskrankenkasse verpflichtet sind, haben die Arbeitgeber der Kasse innerzwo Wochen die zur Berechnung der Beiträge erforderlichen Angaben zu machen. Unmündig sind alle Personen, deren Einkommen die Höchstgrenze von 240000 Mk. nicht übersteigt.

Erklärt ein Arbeitgeber die Meldung nicht fristgemäß, so kann für seine Beschäftigten der Kassenvorstand bis zur

ordnungsmäßigen Meldung den Grundlohn in der Höhe festsetzen, die für Versicherer der gleichen Art in Betrieben gleicher Art gilt und ohne Pflicht zur Rückzahlung die entsprechenden Beiträge erheben.

Calw, den 12. Februar 1923.
Vorstand des Kassenvorstands: Ramparos.
Vermittler: Prof.

Städt. Lebensmittelversorgung.

Brotkartenabgabe am Donnerstag, den 15. Februar 1923, vormittags von 8 1/2 bis 9 1/2 Uhr Buchstabe A—F, vormittags von 10—12 Uhr Buchstabe G—L, nachmittags von 2—4 Uhr Buchstabe M bis R, von 5 1/2 bis 6 1/2 Uhr Buchstabe S bis Z. Die Karten sind zur vorgeschriebenen Zeit abzuholen und bei Empfang sofort nachzugeben. Die Karten gelten vom 16. Februar bis 15. August 1923.

Mütterberatungsstunde

morgen Mittwoch, d. 14. Februar 1923, 2—3 Uhr nachm. im Handarbeitsaal (Erdgeschloß) des Volkshausgebäudes in der Dabrunge.

Hirau, den 12. Februar 1923.

Dankagung.

Allen denen, die mir bei dem so schweren Verluste meines lieben Vaters

Georg Bauer
Teilnahme erwiesen haben, herzlichen Dank.
Die Tochter: Eisa Bauer.

Blauweide Handtasche verloren!

Abzugeben gegen Belohnung Lederstraße 168, III. Stock.

Schwarzer Halbhund

zugelassen. Abzuholen gegen Einrückungsgeld bei

Michael Hamann, Schuhmach., Dittenbronn.

Berlau en schwarzer Hund

Kreuzung Neufundländer-Schuhhund, hängende Ohren, Lederhalsband mit Name Wdrich, Leinach, auf den Namen Preng gehend. Vor Ankauf wird gewarnt. Im Nachtrag wird geendet. Wilhelm Wdrich, Station Leinach.



Landhaus oder Villa

mit Garten, mindestens 5 Zimmer, von zahlreichem Käuzer gegen bar gesucht. Gest. Angebote an Immobilien-Büro Paul Burkhardt, Stuttgart, Urbanstr. 31; Fernsprecher 10746.

Ingenberg
Statt Karten.
Die glückliche Geburt einer gesunden Tochter
zeigen hochachtungsvoll
Fritz Freudenberger und Frau
Alice, geb. Bauer.
Calw, den 13. Februar 1923.

Bereits neuer, sehr guterhalten
Sitz- und Liegewagen
sowie 3 ältere komplette Fenster
zu verkaufen. Entenschnabel Nr. 331.

Ein- bis zweijährige Land-Hühner
werden zu kaufen gesucht.
Von mein, jagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Schwarzen Gehrock-Anzug
sowie Paletot
hat im Auftrag zu verkaufen
R. F. Schühle jr.

Langholz
kauft wieder hauptsächlich. Forden
Leinach. Holzindustrie A.-G.
Leinachthal.

Hier!
In den Spalten der kleinen Anzeigen findet die praktische Hausfrau gute Gelegenheit Überflüssig. Hausgerät zu verkaufen

Nr. 3
Erstausgabe
50 Jhr., Wert

Befegung
Der Reichsinn

Darmstadt,
des Reichsministers heute
nominieren, w
ter der Reichs
zu der Vertrete
sonders aus de
Reichspräsident
auf seinen Besu
heim und nam
Sachsenlande die
sicherung abgab
Volkes im beset
sei, mit allen
dingt ersordert
deutsche Volk u
zusammenstände
gehe um die G
um den Bestand
Land und unfer
schlossen zusam
scheidung jurid
ein Weg, ein
der alle Wirtsch
besprochen wür
die Lage ertr
Reichsminister
er die vielfach
folgendermaßen
wachen von je
rüber herzustel
Gebiet und in
nen nur mit d
aber dieses neu
den Krieg über
gehört haben
war. — Zum S
ein Ergebnis d
Deutscher
von S
Berlin, 13
ris wurde bea
Note zu über
Auftrag ihrer
tügen auf die
widern: Die
vom 12. Febr
lieten hergest
stigen Fabriks
Sie begründet
von der Reich
gebiet erteilt
Reichsregierung
vorgurufen fu
Kanzlermet fi
seiner Widerk
Totfische, daß
rathlosen un
nen Murecht f
daß sie sich d
gegrüben sehe
quisition von
der Kohlenan
zum Ziele jüb
einmal vor W
gestroben Eid
verlei Au'amm
lediglich die P
weiter zu gef
den Befolgung
ingen wird, i
sig zu machen
macht die fran
lich, daß die